

Pfr. Dr. Jochen Kunath



Am Ende dieser Woche ist die Bundestagswahl. Kaum noch Zeit, sich richtig zu entscheiden. Für Christinnen und Christen steht das Jahr unter einer biblischen Losung, die wie geschaffen ist für Wahlen: „Prüft alles und behaltet das Gute“ (1. Thessalonicher 5,1). Aber: Was ist das Gute? Um das Gute zu finden, muss man das Schlechte

ausschließen. Als Hauptverantwortlicher des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt für unsere Landeskirche versuche ich den Blick auf das Wirtschaftsprogramm der AfD, das sie zur Wahl stellt. Warum der Blick nur auf die AfD. Weil ihre Politik nicht zum Guten führt. Im Gegenteil:

Letzte Prüffrage: **Wer kann wo wohnen? Wohnungspolitik.**

Der Wohnungsmarkt ist unter hohem Druck, leider schon länger, immer mehr und wohl noch länger. Angebot und Nachfrage klaffen weit auseinander. Und es hängt viel dran: Menschen, die eine Wohnung händeringend suchen, kaum bezahlen können oder gar keine mehr haben. Und ein ganzer Wirtschaftszweig, die Bauwirtschaft, die vom Wohnungsbau abhängt, und viele mit ihnen. „Dazwischen“ Immobilien, mit denen ein ungeheures Geld verdient wird. Bei all dem die staatliche Aufgabe, den Wohnungsmarkt so weit zu beeinflussen, dass es genügend Wohnraum gibt für alle verschiedenen gesellschaftlichen Bedürfnisse. Dafür gibt es ein ganzes Instrumentarium marktpolitischer Maßnahmen, die verschieden und verschieden gut auf dem Wohnungsmarkt einwirken.

Die AfD sieht als absolut vorrangiges Ziel ihrer Wohnungspolitik die Förderung des Eigentums. Bestenfalls sollen alle Bürger in Besitz einer eigenen Wohnung oder eines eigenen Hauses kommen. Eigentum bedeutet Freiheit und schafft bleibenden Wohlstand. Dabei sollen in aller erster Linie Einheimische in den Eigentumswohnungen leben und hier v.a. intakte Familien aus Vater und Mutter mit mehreren Kindern, die sich in Stadt und Land heimisch fühlen. So ist das Familien-Eigenheim für die AfD die Keimzelle der Gesellschaft und deren Stärkung und Förderung die Garantie, dass die einheimische, sprich deutsche Leitkultur, die Pflege von deutscher Identität, Souveränität, Werte, Kultur, Brauchtum und Sprache sicher weitergegeben wird von Generation zu Generation.

So steht die Wohnungspolitik der AfD ganz im Dienst eines deutsch-nationalen Menschen- und Gesellschaftsbildes.

Dass wir große Probleme auf dem Wohnungsmarkt haben, ist unabweisbar und macht vielen Sorgen. Der schöne Slogan „Wohnen ist Menschenrecht“ ist kaum noch einlösbar. Was tun, wenn ein allgemeines Gut, wie Wohnen, das man nur ganz persönlich nutzen kann, so rar wird? Und ehrlich: Immer mehr bauen, immer höher bauen kann vielleicht für die Bauwirtschaft und auch für die Menschen, die dort sehr hart arbeiten, eine Lösung sein, aber nicht für unsere begrenzten Lebensräume und Ressourcen insgesamt.

Aber kann man die dringlichen Probleme des Wohnungsmarktes lösen, indem man die Wohnungen gedanklich einer ganz bestimmten Personengruppe zuweist: Einheimischen Familien mit Kindern? Abgesehen davon, wie dies wirklich gelingen könnte, sind eindeutige Zuweisungen, immer auch eindeutige Abweisungen: Wer eigentlich nicht mehr so wirklich erwünscht ist als Bewohner. Alle, die nicht deutsch und eine Familie sind. Was entsteht da via Wohnungsmarktpolitik für ein Bild unserer Gesellschaft? Eine Welt von deutschen 3-Kopf-Familien aus Vater, Mutter, Kind, die in ihrem Eigentum wohnen und „Deutsch“ weitergeben- und daneben Millionen gleicher „Wohnmodelle“. Fürchterlich. Öd. Eintönig. Gleichgeschaltet. Allein das: Mieter und Mietern gebe es laut AfD-„Vision“ nicht mehr, nur noch Eigentümer. Ohne Mieter auch keine Mietverhältnisse mehr, keine lebendige Mietbeziehungen mehr mit Kehrwoche & Co. Wir wären so viel ärmer. Man merkt: Wohnen ist nur geteilt wirklich sinnvoll. Das gilt vielleicht auch generell für den angespannten Wohnungsmarkt: Nicht mehr Wohnraum, sondern mehr geteilter Wohnraum, das wohl überlegt und geregelt, aber beherrzter.

Miteinander zu leben, ist manchmal eine Zumutung und Teilen auch. Aber Teilen ist die einzige Alternative bei weniger Ressourcen zu überleben, gemeinsam zu überleben. Wenn man das will. Die AfD will nicht, dass wir gemeinsam wirtschaften, arbeiten, leben und überleben. Wir gehen am Sonntag wählen oder haben schon per Briefwahl gewählt. Das biblische Wort für diese Woche vor der Bundestagswahl wirft uns zurück, radikal. Es bringt uns in Position und nennt uns bedürftig. Es ist lebensnotwendig, dass man mit uns teilt. Gott macht das: „Wir liegen vor dir mit unserm Gebet und vertrauen nicht auf unsre Gerechtigkeit, sondern auf deine große Barmherzigkeit.“ (Daniel 9,18b).